

ges Selbstverständnis der Christen in der DDR zu entwickeln.

Zeichen der Neuorientierung?

Die bisherige betonte Distanz der katholischen Kirche zum sozialistischen Staat und zur Verfassungswirklichkeit erscheint insbesondere katholischen Jungakademikern nicht mehr weiter vertretbar. Diese Kräfte wollen, ausgehend vom Bekenntnis zum gegebenen Staat, konstruktiv, aber zum Teil auch äußerst kritisch auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mitarbeiten und als Christen aktiv sein.

Auf dem diesjährigen ersten Laienkongreß im Bereich des Generalvikariats Erfurt im Frühjahr dieses Jahres mit 190 Delegierten der Dekanatsräte ging z. B. hervor, daß auch in Mitteldeutschland das innerkirchliche Gespräch schärfer, kritischer und offener wird. Im Gegensatz zum früheren Kundgebungsstil, dessen hervorstechendste Merkmale die demonstrative Einheitlichkeit der Meinungen und der einseitige geistliche Monolog waren, scheinen sich die Laien im Bezirk Erfurt, ermun-

tert von ihrem Weihbischof *H. Aufderbeck*, auf die ihnen vom Konzil zugeordnete Rolle besonnen zu haben. Bemerkenswert für diesen Laienkongreß war:

1. daß nach einer nüchternen soziologisch untermauerten Bestandsaufnahme gestrebt wurde,
2. daß der Sozialismus bzw. der kommunistische Staat als feste, relativ stabile Größenordnung anerkannt wurde,
3. daß der Dialog mit der sozialistischen bzw. atheistischen Umwelt nicht mehr gefürchtet, sondern gesucht wird,
4. daß offen zum Ausdruck kam, daß die Distanz zur Kirche in der Bundesrepublik auf Grund des jahrelangen politischen Drucks, der Abgeschlossenheit und der andersartigen gesellschaftspolitischen Entwicklung stetig gewachsen ist,
5. daß sich die innerkirchliche Pluralität und das Infragestellen der kirchlichen Autorität auch in Mitteldeutschland ausbreitet,
6. daß man entschlossen ist, die Ergebnisse des Konzils auf die reale Situation in der DDR schöpferisch anzuwenden.

Seit langem beraten römisch-katholische und nichtkatholische Missionare miteinander darüber, wie sie der afrikanischen Probleme Herr werden sollen. Viele wissen, nur noch die gemeinsame Mission hilft, ja nicht einmal das, sondern nur die Afrikanisierung des Christentums. Insofern standen das Bischofssymposium und die CETA einander sehr nahe. Sie hatten die gleichen Themen: Glauben und Entwicklungshilfe. Sie litten an derselben Not, daß die „Organisation für afrikanische Einheit“ in Addis Abeba wieder keinen Frieden zustande gebracht hatte, auch keine Lösung für das Thema 1 jeder politischen Freiheit Afrikas, die Festigung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Und der Generalsekretär der CETA, *Samuel Hanson Amissah*, scheint mit dem katholischen Sendboten aus Kampala verwandt zu sein. Man weiß, was das in Afrika bedeutet. Beide Tagungen wollten den Frieden in Biafra zustande bringen. Was dem Papst trotz subtilster Mühen nicht gelang, das hat am Ende die CETA in Abidjan beschlossen: eine Goodwill-Mission nach Lagos und Biafra zu entsenden, um am Ort des Konfliktes ein erfolgreiches Palaver mit einem dauerhaften Frieden zu erreichen, aber ohne die Hilfe des weißen Mannes. Der saß in Abidjan auf der Anklagebank, obwohl er u. a. durch Generalsekretär *E. C. Blake* taktvoll vertreten war.

War es der Wille zur Reform und Eigenständigkeit, war es die Enttäuschung über das etwas schwache Programm, das in Canterbury zur Bekämpfung des Rassismus herausgekommen ist oder war es eine Strategie der Anpassung an die politische Mentalität der Regierungen Afrikas, jedenfalls wurde ganze Arbeit mit der Verurteilung der Missionare geleistet. Es fing schon mit der Eröffnungspredigt von Pfarrer *S. Nomenyo* (Togo) an. Offen erklärte er, die Afrikaner fürchteten, heute von dem einen „Vater“ in die Hände eines anderen übergeben zu werden. Die Kirchen, „das trojanische Pferd des Kolonialismus“ genannt, obwohl sie auf schulischem und medizinischem Gebiet viel Gutes getan, drohten heute mit ihrer Entwicklungshilfe neue Macht auszuüben. Entwicklung sei aber nicht eine Frage der Religion, sondern der eigenen Arbeit. Das ging gegen die starke evangelisch-katholische Kooperation!

Die zweite Allafrikanische Kirchenkonferenz

Vom 2. bis 12. September tagte in der Universität von Abidjan, Hauptstadt des „frankophonen“ Staates Elfenbeinküste, die „Zweite Allafrikanische Kirchenkonferenz“, meist CETA genannt (Conférence des Eglises de toute l'Afrique). Es ist eine höchst komplizierte und kaum handlungsfähige Organisation, die 1958 in Ibadan vom Weltrat der Kirchen als Organ regionaler Verantwortung ins Leben gerufen wurde. Damals waren die ersten afrikanischen Staaten unabhängig geworden. 1963 wurde in Kampala ein formelles Statut mit einem 20köpfigen Zentralausschuß beschlossen, der seitdem im Zeichen wachsender Revolutionierung der Schwarzen die Tagung von Abidjan vorbereitet hat. Ein wahres Wunder: 59 protestantische, anglikanische und orthodoxe Gemeinschaften aus 29 Staaten Afrikas bei all den Abhängigkeiten von Regierungen und Stämmen unter einem Dach zu einem Palaver zu vereinen; zumal auch jene Gemeinschaften darunter fallen, die erst im Zuge der afrikanischen Freiheitsbewegung

gegen den Weißen Mann entstanden sind, wie die vom Zentralausschuß des Weltkirchenrates in Canterbury aufgenommene „Kirche Christi auf Erden“ (vgl. ds. Heft, S. 460). Ein Wunder an Disposition: nur 139 stimmberechtigte Delegierte, davon fast die Hälfte Frauen, dazu 51 Berater — die neue Rolle der Missionare — und 46 Beobachter (teils der finanzierenden Missionsgesellschaften in USA und Europa), unter ihnen vier römisch-katholische Delegierte, der bekannte Father *Th. Stranski CSP* vom Einheitssekretariat in Rom, weniger bekannt, aber der „Prophet“ der Versammlung, Erzbischof *John K. Amissah* von Cape Coast (Ghana), der Vorsitzende des römisch-katholischen Bischofssymposiums (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 400), das wenige Wochen vorher in Kampala vom Papst eine neue Parole empfangen hatte. Erzbischof Amissah warf sie nun wie eine Brandfackel oder besser als die Lösung eines aussichtslos erscheinenden Problems in die Versammlung des eigenen afrikanischen Christentums.

Unter dem Generalthema „Mit Christus arbeiten für Afrika“ untersuchten drei Arbeitsgruppen Fragen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage des Kontinents sowie den Beitrag der Kirchen zur „kulturellen Revolution“ (epd, 3. und 8. bis 10. 9. 69). Es kam ein einheitliches Programm zutage, das nicht nur politische Unabhängigkeit forderte, sondern auch geistige Unabhängigkeit und eine von der Imitation „weißer“ Frömmigkeit unbeeinflusste kirchliche Lebensform. Ja, der Leiter des Methodistenseminars in Ibadan, Pfarrer E. A. Adegbola, meinte sogar, man sollte die konfessionellen Unterschiede, die die weißen Missionare importiert haben, nicht mehr mitmachen, und er glaubte sich von Generalsekretär Blake darin bestärkt. Man vergaß nur, daß fast alle vertretenen Gemeinschaften vorerst von der Finanzhilfe konfessionsverschiedener ausländischer Missionsgesellschaften abhängig bleiben. Das „große Opfer“, das Generalsekretär S. H. Amisshah einforderte, würde kaum ausreichen, aus eigenen Mitteln das Experiment der Freiheit zu bestreiten.

Missionare auf der Anklagebank

Man hörte kaum auf den Rat, den wenige Tage vorher Staatspräsident J. Nyerere von Tansania gegeben hatte: der „afrikanische Sozialismus“ biete den Kirchen, die bisher auf Seiten der Privilegierten gestanden hätten, die letzte Chance, ihr Evangelium zu verwirklichen, statt dies den Atheisten zu überlassen (LWB-Pressedienst, 27. 8. 69). Vielmehr wurden die Fehler der Missionare aufgezählt und schärfstens angeprangert: 1. sie hätten sich selber zum Maßstab genommen und die Afrikaner „entpersonalisiert“. 2. Sie hätten kein Verständnis für „die menschlichen Werte in der afrikanischen Seele“ gezeigt und 3. sie hätten „die schöpferischen Kräfte“ der Afrikaner in kultureller Hinsicht „systematisch unterdrückt“. Jetzt sei es Schluß mit der „Selbstentfremdung“ der Afrikaner, ein wohlbekannter Terminus aus der Anklage von James Baldwin in Uppsala (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 384). Im Getümmel der Forderungen, sich „afrikanischen Denkgewohnheiten anzupassen“, geschah dann ein theologischer Kapitalfehler, der ausgerechnet einem Theologiestudenten

aus Tansania unterliefe. Er meinte, die Kirche als „Gemeinde der Getauften“ und Erwählten entspreche nicht dem gesellschaftlichen System des Kontinents, das von jeher auf den blutsmäßigen Bindungen der Großfamilie, der Sippe und des Stammes beruhe. Also zurück zum Tribalismus mit kirchlichem Segen, zum Wege, auf dem Afrika in den Untergang stürzt? Eine Unmöglichkeit für das Programm des Weltrates der Kirchen, das unter Führung von M. M. Thomas seit der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ nur allzu deutlich gemacht hat, daß das Evangelium in Afrika und Asien den Einzelmenschen auch aus dem erstarrten Stammestrationalismus befreien müsse (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 172).

Zur Entwirrung dieser Situation dürfte auch Erzbischof Amisshah mit dem programmatischen Hinweis auf den Kernsatz in der Ansprache Papst Pauls VI. vor dem Afrikanischen Bischofssymposium in Kampala beigetragen haben. Man kann jetzt erst ermessen, was es bedeutet, daß der Papst den Bischöfen zurief: „Ihr sollt euer eigenes afrikanisches Christentum haben!“ Die Kirche sei wohl zuerst katholisch, aber „die Seele Afrikas soll in ihr leben“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 423 f.). Amisshah ging davon aus, daß der Versuch aller Missionare gescheitert sei, den Afrikanern ein „europäisches Christentum aufzuoktroyieren“. Darum sollten sich jetzt alle in der CETA vertretenen Gemeinschaften mit den Katholiken in Afrika zusammentun und eine „afrikanische Theologie“ erarbeiten, die alle annehmen könnten. Andernfalls werde es, wie die Versammlung zeige, in Afrika zu einem hoffnungslosen spirituellen Chaos kommen.

Man muß hier auf den sorgfältigeren Bericht von „Le Monde“ (11. 9. 69) zurückgreifen. Da steht es ganz klar, die Theologen sollten prüfen, unter welchen Umständen man vor der Welt eine gemeinsame Eucharistie feiern könnte (die eben noch von den römisch-katholischen Beobachtern in Canterbury kühl abgewiesen worden war). Es mag bei Erzbischof Amisshah mitgespielt haben, daß er von ähnlichen Gedanken aus den Glaubensgesprächen Roms mit der Kirche von England erfahren hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 266 f.). Aber es klang sehr original, als er erklärte, man müsse bei

der Prüfung einer möglichen Interkommunion von der afrikanischen Situation ausgehen und dürfe sich nicht mehr hindern lassen, zu tun was Christus tat: alle Dinge neu machen. Denn Christus machte aus dem Passahmahl der Väter das Zeichen seiner Gegenwart. Warum sollte das den Christen Afrikas nicht gelingen? Nur müsse man zwei Extreme meiden: die unkontrollierte Interkommunion ebenso wie die Verweigerung der Kommunion.

In dieser kühnen Vision, die auf fruchtbaren Boden in der Versammlung fiel, war freilich nichts mehr zu hören von den „weißen“ Kautelen des Papstes, daß ja die dogmatischen Formeln der Kirche bewahrt werden. Und doch ist es schwer anzunehmen, daß er bei seiner hohen Stellung im Rat der katholischen Bischöfe in einer Situation ökumenischer Ratlosigkeit nur einen Coups ökumenischer Taktik landen wollte. Dagegen spricht auch die Anwesenheit des Vertreters des Einheitssekretariats, der gerade in Übersee ständig erfährt, welche unerhörten Fortschritte im Gespräch über die Eucharistie schon möglich sind (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 445 f.).

Ob es der CETA nun gelingt, was dem Papst mißlang, den Frieden in Nigeria zu vermitteln (vielleicht mit diskreter Hilfe der vatikanischen Diplomatie), in jedem Falle ist der theologische Kreislauf zwischen der Afrikanischen Bischofskonferenz und der CETA geschlossen worden. Man muß nun wohl in Geduld die Früchte reifen lassen, ehe man von einer christlichen Utopie reden kann.

Ergebnisse und Zielvorstellungen

Von der beschlossenen Friedensmission abgesehen, gehört zu den wichtigsten Ergebnissen der CETA-Konferenz in Abidjan die Wahl eines neuen Präsidiums; wieder mit *Theophilus*, dem Patriarchen der äthioph-orthodoxen Kirche, an der Spitze, dazu u. a. J. Kotto, Generalsekretär der evangelischen Kirche von Kamerun, Seth M. Mokitimi (Lesotho) von der Methodistenkirche Südafrikas und der anglikanische Bischof M. N. Scott von Sierra Leone. Fünfzehn Theologen stehen fünf Laien, davon vier Frauen, gegenüber. Vermehrt hat sich die Zahl der Mitgliedsgemeinschaften. Sie beträgt nunmehr 78, und dazu elf Christenräte regionalen Charakters.

Nicht ohne Bedeutung sind die Beschlüsse der drei Arbeitsgruppen. Sektion I (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik) stellte fest, daß Afrika vermutlich jener Erdteil sei, in dem sich die Verhältnisse am schnellsten verändern, so daß die Kirche ständig neu erscheinen müsse (epd, 13.9. 69). Es hieß sogar, die Kirchen müßten mit den Computern Schritt halten. Aber wie, bei dieser Zersplitterung und Abhängigkeit? Dazu sagte Sektion II (Kulturelle Revolution), eine afrikanisch interpretierte Theologie müsse christozentrisch sein. Man forderte die Einsetzung einer ständigen Studienkommission und nahm insofern die Anregung von Erzbischof Amissah auf. Merkwürdigerweise soll diese Kommission Kontakte zu den farbigen Kirchen in den USA pflegen. Das setzt neue Akzente! Außerdem wurde, nicht ohne eine gewisse Besorgnis, die Vision von Erzbischof Amissah könnte zum Synkretismus führen — ein Vorwurf, den schon Visser 't Hooft während

des Zweiten Vatikanums gegen das Religionsdekret erhoben hatte —, vor einer „einseitigen Afrikanisierung der Kirche um jeden Preis“ im Sinne Pauls VI. ausdrücklich gewarnt, damit nicht wieder heidnische Elemente in den Gottesdienst eindringen. Erzbischof Amissah präziserte selbst seine Ausführungen in einer abschließenden Pressekonferenz, auf der er sich auf eine Pluralität der Ausdrucksweisen der einen universalen christlichen Theologie zurückzog, in ähnlichem Sinne.

Dagegen machte sich Sektion III (Erneuerung der Kirche) die These von Amissah zu eigen, „daß sakramentale Abendmahlsgemeinschaft bei besonderen Anlässen und unter kirchlicher Aufsicht zulässig ist, entweder zum Zeichen bereits erreichter Einheit oder als ein Mittel, solche Einheit zu erreichen bzw. ihr näherzukommen“. Ein ausdrücklicher Dank an die Missionare nahm der Tagung zuletzt viel von ihrer ursprünglich polemischen Schärfe.

Anschuldigungen und umfangreiche Verhaftungswellen unter den beteiligten Bauern und Landarbeitern versucht die Regierung die Auflösung dieser Selbsthilfeorganisationen zu erzwingen (vgl. Noticias Aliadas, 30. 8. 69). Auf dieser Ebene liegt wohl auch die Kündigung eines Vertrages seitens der Regierung mit der paraguayischen Caritas, der es bislang erlaubt war, ausländische Agrarüberschüsse und sonstige Nahrungsmittel zu importieren und unter den benachteiligten Bevölkerungsschichten zu verteilen. Offenbar sehen Regierungskreise darin jetzt eine gefährliche Propagandaaktion, nicht zuletzt zugunsten der christdemokratischen Oppositionsgruppen (vgl. NC News Service, 11. 7. 69). Auch mehren sich die Pressionsversuche und Verleumdungskampagnen gegen kirchliche Bildungseinrichtungen und selbst Einzelpersonlichkeiten, darunter Bischöfe.

Wie wenig sich zumindest die offizielle Repräsentanz der paraguayischen Kirche trotz dieser Pressionen — manche sprechen bereits von „offener Verfolgung“ und kündigen „Katakombenzustände“ an (Noticias Aliadas, 10. 9. 69) — bislang hat einschüchtern lassen, bezeugt ein von den Bischöfen unterzeichnetes und Anfang September an alle Abgeordneten des Parlaments gesandtes Schreiben (Text in Noticias Aliadas, 10. 9. 69). Der Episkopat setzt sich darin mit einem Gesetzesentwurf auseinander, den Stroessner dem Parlament am 1. August zugeleitet hatte. Dieser Proyecto de Ley mit dem sinnigen Titel „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie und der politischen und sozialen Ordnung des Staates“ setzt nach den Wünschen des Generals so ziemlich alles außer Kraft, was in einem Grundrechtskatalog als Selbstverständlichkeit gilt. Die vagen Formulierungen der 24 Artikel erlauben außerdem das Verbot oder die Bestrafung aller jener Handlungen, die dem „Demokratieverständnis“ eines Militärs widersprechen, der zwar die Verfassungsbestimmung erfüllt, katholisch zu sein, der sich aber auch, nimmt man diese Verfassung ernst, schon mindestens fünf Jahre zulang an der Macht befindet.

In diesem an Stroessners Ordnungsdenken angepaßten Dokument wird einem jeden Zuchthausstrafe von drei bis sechs Jahren angedroht, wenn er ein in diesem Proyecto als

Paraguays Bischöfe kritisieren die Regierung

Seit Beginn dieses Jahres mehren sich die Meldungen aus Paraguay, daß sich dort ein ernsthafter Konflikt zwischen Staat und Kirche anbahne. Im Frühsommer warnte die Bischofskonferenz den Staatspräsidenten General *Alfredo Stroessner* vor den „unvorhersehbaren Konsequenzen“, falls die Regierung auf die Ausweisung von vier spanischen Jesuiten bestünde; diese hatten sich unter Studenten und Arbeitern sozialpolitisch engagiert, was ihnen die Militärs nach gewohnter Manier als „Subversion“ und „Castrismus“ auslegten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 294). Während des ganzen Sommers unterstützte die Kirche ganz offiziell Jugend- und Studentenproteste gegen willkürliche Verhaftungen und politische Unfreiheit, und namentlich die halbkirchenamtliche Wochenzeitung „Comunidad“ machte sich zum Sprachrohr der Kritik an den bestehenden Verhältnissen. In jenen Monaten wurde auch von Kirchenbesetzungen berichtet, gegen die Einheiten der politischen Polizei aufgeboden wurden. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen und brutalen Ausschreitungen gegen Demonstranten seitens der Ordnungskräfte. Pressezensur und Überwachung der

für das Ausland arbeitenden Agenturen waren so erfolgreich, daß erst Monate später Einzelheiten von diesen Vorfällen bekannt wurden (vgl. den Bericht von *J. Fonseca* in NC News Service, 30. 7. 69). Der Kirche wird dabei auch von ganz links angesiedelten, ihr indifferent oder gar feindlich gegenüberstehenden Gruppierungen bestätigt, daß sie sich eindeutig gegen die Unterdrückungsmaßnahmen gestellt und für die politisch Verfolgten, gleich welcher politischen Provenienz, nach Kräften eingesetzt habe. Gegenwärtig muß man jedoch befürchten, daß die Kirche nicht mehr lange „die einzige Oppositionskraft ist, die man nicht zum Schweigen zwingen konnte“ („Le Monde“, 4. 9. 69).

Pressionen und Verleumdungskampagnen

Das Regime agiert bislang noch hauptsächlich gegen bestimmte kirchliche Gruppen, vor allem gegen die Jesuiten, die Bauernligen und Kooperativen, unter denen das von allen Rechtskreisen Lateinamerikas angefeindete Programm der „*concientización*“ (Bewußtseinschaffung) durchgeführt wird. Durch politische